

Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken: Der politische Prozess in Usbekistan als Fortsetzung der sowjetischen Tradition

Tolipow, Farchod

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tolipow, F. (2009). Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken: Der politische Prozess in Usbekistan als Fortsetzung der sowjetischen Tradition. *Zentralasien-Analysen*, 19-20, 2-5. <https://doi.org/10.31205/ZA.19-20.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken Der politische Prozess in Usbekistan als Fortsetzung der sowjetischen Tradition

Von Farchod Tolipow, Taschkent

Zusammenfassung

In Usbekistan wie in den anderen zentralasiatischen Staaten haben sich seit der Unabhängigkeit Denk- und Handlungsmuster erhalten und verfestigt, die ihre Wurzeln in der politischen Kultur der Sowjetzeit haben. Im Folgenden werden die daraus folgenden Defizite des politischen Systems in Usbekistan analysiert und aus usbekischer Sicht Lösungen für den Ausbruch aus tradierten Konfigurationen politischen Handelns vorgeschlagen.

Seit Usbekistan die Unabhängigkeit erlangt hat, sind inzwischen 18 Jahre vergangen, dennoch leidet das politische System des Landes noch immer unter einem »sowjetischen Syndrom«. Gleichzeitig lässt sich im politischen Prozess der Einfluss von prä- und postsowjetischzeitgenössischer politischer Kultur feststellen. Wie in allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken wurde auch in Usbekistan von Beginn an ein Kurs des demokratischen Aufbaus verkündet. Doch mit der Zeit machte die demokratische Euphorie der gesellschaftlichen Frustration und der Konservierung der autoritären Natur des politischen Systems Platz. Auf der einen Seite verkündet die Verfassung einen demokratischen Rechtsstaat und es wurden sogar formale rechtliche und institutionelle Elemente eines demokratischen Systems eingeführt. Auf der anderen Seite stehen diese formalen Aspekte im Gegensatz zur realen Qualität des politischen Systems und der gesellschaftlichen Verhältnisse. Deshalb klappt zwischen der Demokratie de jure und de facto eine große Lücke.

Eigenheiten des Systems

Die usbekische »Demokratie« zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Erstens bleibt in Usbekistan unter den Bedingungen eines unvollendeten Formierungsprozesses des Staatsvolkes als moderne Nation und der Zivilgesellschaft nicht nur die große Rolle des Staates bestehen, sondern dieser bekräftigt auch, dass er selbst die Demokratisierung initiiert und unterstützt. Zweitens bilden sich demokratische Normen nicht einfach in der Wechselbeziehung von Staat und Gesellschaft heraus, sondern werden durch den Modernisierungsprozess von außen herein getragen. Drittens zeichnet sich der politische Prozess im Land durch das Fehlen einer entwickelten politischen Opposition aus. Ganz offensichtlich geht die Entwicklung der Demokratie deshalb weniger aus einem politischen Kampf hervor, sondern vielmehr aus einer langsamen politischen Evolution einerseits und politischen Kampagnen sowjetischen Zuschnitts

andererseits. Viertens ist die Entwicklung der Demokratie als Teil eines weiter gefassten Erneuerungsprozesses direkt mit anderen Richtungen dieser Reformen verflochten (Übergang zur Marktwirtschaft, Schaffung moderner Staatlichkeit, nationale Wiedergeburt, internationale Beziehungen, Schaffung eines Systems nationaler Sicherheit, regionale Integration usw.) und in vielerlei Hinsicht von diesen abhängig. Fünftens sind das Tempo und der Zeitpunkt des demokratischen Aufbaus wichtige Faktoren.

Doch der wichtigste Faktor des politischen Prozesses ist das Unvermögen der Führung Usbekistans, wie im Übrigen auch vieler anderer post-sowjetischer Staaten, das sowjetische Erbe zu überwinden und einen anderen Weg als den der Reanimierung des Autoritarismus sowjetischen Typs einzuschlagen. Das Grundmerkmal dieses Typs des Autoritarismus ist eine übertriebene Ideologisierung, Ideologie und Propaganda durchdringen jegliches gesellschaftliche und politische Leben im Land.

Das Regime hat sich sogar die einzig mögliche Auslegung des Wesens von Demokratie und der Wege zu deren Schaffung angemaßt. Im Endergebnis hat sich nicht ein nationales Demokratiemodell etabliert, sondern eher ein Modell seiner Negation. Der politische Diskurs wird auf beispiellose Weise zur Huldigung der jetzigen Führung und des in den Jahren der Unabhängigkeit Erreichten degradiert, während aktuelle Fragen, die eine offene und lebendige Diskussion erfordern würden, kaum Beachtung finden.

Usbekistan steht heute vor einer ganzen Reihe praktischer Probleme und konzeptioneller Dilemmata des demokratischen Aufbaus. So steckt das Parteiensystem in einer Krise, Oppositionsparteien fehlen, mehr noch, durch die Ähnlichkeit der bestehenden Parteien in Zielsetzung, Programmatik und Formen politischer Aktivitäten wird nur die Imitation von tatsächlichem Parteienpluralismus geschaffen. Hier wie im Bereich der Medien werden keine von der herrschenden Meinung abweichenden

den Ansichten vertreten, was freie Meinungsäußerung oder gesellschaftliche Mitbestimmung behindert. Die Organe der lokalen Selbstverwaltung (Mahalla) sind nicht wirklich selbstständig und stehen praktisch völlig unter der Kontrolle des Staates. Es fehlt zudem ein Mechanismus zur Erforschung der öffentlichen Meinung, der die Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen in die politische Entscheidungsfindung ermöglichen würde und als Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat dienen könnte. Stattdessen haben sich Überbleibsel von Klanwesen und lokalen Netzwerken erhalten, in denen selbst Präsident Karimow eine Gefahr für die nationale Sicherheit sieht, da sie die Konkurrenz zwischen den Regionen des Landes erhöhen und gleichzeitig die ohnehin schon omnipräsente Korruption noch verstärken. In diesem Zusammenhang ist auch die Einmischung des Staates in Marktmechanismen und Privatwirtschaft zu sehen, in denen Experten nach wie vor Elemente eines Rentenkapitalismus erkennen. Dies alles wird umschlossen von einer ideologischen Klammer, die das Missverhältnis von politischer Propaganda und der tatsächlichen gesellschaftlichen Lage nur überdeckt und somit ganz der sowjetische Tradition verschrieben bleibt.

Neben diesen praktischen Problemen wird das politische System von wesentlich fundamentaleren konzeptionellen Dilemmata beeinflusst. Einer dieser Widersprüche liegt in der Unvereinbarkeit des Säkularismus im sowjetischen Verständnis mit einem Anwachsen der Bedeutung religiöser Grundsätze im individuellen und gesellschaftlichen Leben, ein anderer in der stereotypen Behauptung, dass islamische und demokratische Prinzipien unvereinbar seien. Weitere Systemdilemmata sind vorwiegend mit unterschiedlichen Auffassungen von Staatsaufbau in Verbindung zu bringen. So wird nicht selten deshalb gegen eine demokratische Entwicklung Usbekistans argumentiert, weil in einer traditionellen Gesellschaft bzw. einem orientalischen oder asiatischen Staat statt liberaler vor allem paternalistische politische Traditionen dominieren würden, was ihn vor allem für eine autokratische Regierungsform qualifiziere, während andere meinen, dass die usbekische Gesellschaft reif für eine Modernisierung sei. Damit verbunden wird die Ansicht vertreten, dass die vollständige Demokratisierung und die Schaffung voller Freiheiten für die Bürger die nationale Sicherheit beeinträchtigen würden. Jedoch kann die Unterdrückung von Freiheit und Demokratie auch der Grund für Unzufriedenheit der Bevölkerung und damit eine Gefährdung der Stabilität sein. Daraus folgt ein Meinungsunterschied in Bezug auf das Tempo der Demokratisierung. Die eine Seite hält die Bevölkerung für noch nicht reif für eine rasche Demokratisierung,

will langsam in Etappen vorgehen, dem widersprechen andere, die im Gegenteil glauben, dass der notwendige Entwicklungszustand gegeben sei und ein langsames Vorgehen den Autoritarismus fördere und fehlende Reformen rechtfertige.

Ein weiteres Dilemma ist dadurch entstanden, dass usbekische Ideologen das Konzept der usbekischen Demokratie in Reaktion auf internationale Kritik und äußeren Druck entwickelt haben. Letztlich führte das zu einer Bedeutungsminderung oder Vernachlässigung der universellen demokratischen Prinzipien.

Die internationale Dimension

Von der Wichtigkeit und sogar internationalen Bedeutung der demokratischen Entwicklung Usbekistans und Zentralasiens als Ganzem zeugt unter anderem eine Anhörung, die im Jahr 2008 im Politischen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats stattfand und die sich speziell dieser Region widmete. Europa bemüht sich, die Entwicklungsperspektiven der Länder der Region zu verstehen und zu bewerten. Diese standen nicht selten im Zentrum scharfer Kritik von Seiten des Westens (nicht des Ostens oder Nordens) wegen ihrer Unfähigkeit (lies: ihres »Unwillens«) demokratische Reformen durchzuführen und wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen. Beispiele hierfür gibt es viele.

Nach dem Bericht der Weltbank über die Qualität der Regierungsführung (Governance Matters 2007) nahmen Usbekistan und Turkmenistan neben der Demokratischen Republik Kongo, Irak, Myanmar und Somalia einen sehr niedrigen Platz im Rating zu Regierungseffizienz und Korruptionskontrolle ein. Und auch von Transparency International wurde Usbekistan 2008 wie Turkmenistan auf einer Skala von 10 (»no corruption«) bis 0 (»high degree of corruption«) mit 1,8 bewertet, Tadschikistan bekam eine 2,0 und Russland 2,1.

Außerordentlich symptomatisch und anschaulich war auch eine Konferenz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) am 5. Mai 2003 in Taschkent. EBRD-Präsident Jean Lemierre unterstrich dort in seiner Rede, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen »die Zivilgesellschaft im Zentrum des Entwicklungsprozesses steht. Dies ist eine wichtige Errungenschaft [...] Das zukünftige Entwicklungsniveau der Zusammenarbeit der EBRD mit Usbekistan wird von der Erfüllung der von Taschkent übernommenen Verpflichtungen abhängen [...] Wir haben die Wahl zwischen einer Vorwärtsbewegung und Investitionen und der Einschränkung unserer Tätigkeit, wie wir es in anderen Ländern getan haben.« Die Bemerkungen Lemierres stehen in deutlichem Widerspruch

zu den tatsächlichen Beziehungen der EBRD zu Usbekistan: Nach Angaben von Vertretern der Bank wurden von den bis 2003 in Zentralasien investierten 2,4 Mrd. US-Dollar allein 2,1 Mrd. nach Kasachstan transferiert. Damals stellte die EBRD Usbekistan mehrere politische und ökonomische Bedingungen für eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit im Land, die, insbesondere im politischen Bereich, bis heute nicht erfüllt sind.

Nach den Vorfällen von Andischan im Jahr 2005 verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen Usbekistan. Im Mai 2005 hatten Anhänger der extremistischen Organisation »Akromija« in der Provinzstadt Andischan zur Freipressung von Gesinnungsgenossen aus der Haft Regierungsgebäude angegriffen und einen Menschenauflauf auf dem zentralen Platz der Stadt für ihre Zwecke genutzt. Die Armee eröffnete das Feuer auf sie und tötete Hunderte Menschen. Der Westen, die USA und die EU, drückten gegenüber der usbekischen Führung ihre Kritik an diesem Vorgehen aus und forderten eine internationale Untersuchung. Diese wurde von der usbekischen Führung abgelehnt und die EU verhängte Sanktionen, die erst im November 2008 aufgehoben wurden.

Wie wir sehen, ist der internationalen Gemeinschaft unsere demokratische Entwicklung wichtig. Darüber hinaus bin ich heute wie schon vor fast 20 Jahren, als die USA die Perestroika begrüßten und sich zu einer wirtschaftlichen Unterstützung der UdSSR entschlossen, davon überzeugt, dass die USA und andere führende demokratische Staaten der Welt an der Hilfestellung zu politischen und wirtschaftlichen Reformen in allen neu entstandenen Staaten interessiert sind.

Alte Mittel für neue Lösungen

Wenn also der politische Prozess in Usbekistan eine Fortsetzung der sowjetischen Tradition darstellt, so kann man ihn in vielerlei Hinsicht ändern, wie sich ja auch die sowjetische Tradition selbst änderte. Mit anderen Worten braucht Usbekistan nun das, was das sowjetische Volk 1985 zum Aufwachen gebracht hat: Perestroika und neues Denken. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, der wichtigste ist die Ähnlichkeit der sozioökonomischen Situation des heutigen Usbekistan mit der sowjetischen am Vorabend der Perestroika. Ihre grundlegenden Elemente sind folgende: das Ideologie-Monopol einer Partei, das Fehlen von Pluralismus und Kritik an Unzulänglichkeiten, das Fehlen einer Opposition, wirtschaftlicher Stillstand, die starke Betonung von Losungen und Kampagnen, Dogmatismus und Apologetik in den Geisteswissenschaften, die Schaffung eines äußeren Feindbildes usw.

Die sowjetische Führung hat damals den Mut und den Willen aufgebracht, die Krisensituation des Staates, das Vorhandensein eines bremsenden Mechanismus, einzugestehen und beispiellose Reformen zu beginnen. In seinem Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt« schrieb Michail Gorbatschow 1988: »Die Anwendung von Arbeitsmethoden, die unter extremen Bedingungen entstanden waren, haben unter veränderten Bedingungen zum Stillstand des sozioökonomischen Wachstums geführt.« Diese These kann auch auf Usbekistan angewendet werden. Anders formuliert bekräftigt sie, dass die Anwendung von in der Sowjetzeit entstandenen Handlungsmethoden zum Zurückbleiben des Landes hinter dem weltweiten Globalisierungstempo und fortschrittlichen Standards demokratischer Entwicklung führt.

Die sowjetische Reformstrategie hatte zwei Dimensionen – eine innere, die Perestroika, und eine äußere, das neue Denken. Unsere Perestroika könnte eine ganze Reihe von Innovationen enthalten. Erstens ist es unerlässlich, Offenheit und Transparenz im politischen Prozess zu schaffen. Zweitens ist es an der Zeit, das Parteiensystem realistisch zu bewerten und sich an seine Reformierung zu machen. Drittens muss eine tief greifende Verwaltungsreform durchgeführt werden, die Klanwesen, lokale Netzwerke in der Politik und Korruption bekämpft. Viertens ist es wichtig, eine soziale Atmosphäre zu erzeugen, die offene und freie Diskussion und Kritik der in Gesellschaft und Staat bestehenden Probleme zulässt.

Unser neues Denken könnte ebenfalls für viele Neuerungen sorgen. An allererster Stelle ist es notwendig, in einen neuen Dialog mit dem Westen zu treten und alte strategische Beziehungen wiederzubeleben. Zweitens ist die Zeit reif für eine ernsthaft betriebene Regionalisierung, also eine regionale Integration in Zentralasien. Drittens sollte auch das Profil Usbekistans in solchen Organisationen wie UN, OSZE, NATO und GUS geschärft werden.

Hinter dem Begriff Transparenz (»Glasnost«) steckt natürlich ein hoher Anspruch, noch dazu, weil dies nicht nur Aufgabe der Medien ist, sondern sich dahinter auch eine politische Denkweise verbirgt. Gelegentlich geht es bis zur Panikmache, wenn die Rede darauf kommt. Es wird unterstellt, dass die offene und freie Diskussion von Problemen im Land Auseinandersetzung, Konflikt und Destabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Situation Vorschub leiste. Diese These ist nur eine Formel des Stillstands, die wissenschaftlich nicht fundiert ist. Sicherlich werden sich im Land immer jene finden, die aus Reformen nur ihren persönlichen Vorteil ziehen

wollen und konservative und reaktionäre Kräfte, die mit allen Mitteln Neuerungen behindern und deren Anhänger diskreditieren. Doch kann das kein Hinderungsgrund für die Einführung von Reformen und Skeptizismus gegenüber dem Erfolg von Demokratie in einem »asiatischen Staat« sein.

Vorsichtiger Wandel

Derweil war das Jahr 2008 in Hinsicht auf bestimmte vorsichtige Bewegungen im Reformprozess Usbekistans herausragend. So fand zum Beispiel im Oktober in Taschkent das Media-Forum statt, an dem auch bekannte internationale Organisationen teilnahmen, darunter solche, die auf die Menschenrechtsproblematik spezialisiert sind. Auf dem Forum kam ein ausgesprochen offener Dialog gerade zur Menschenrechtsfrage und zum Gang der politischen Reformen in Usbekistan insgesamt zustande.

Seit Beginn des Jahres wurde (offiziell) die Todesstrafe abgeschafft und weitere Änderungen im juristischen Bereich vorgenommen. Zum Beispiel müssen Haftbefehle nun von den Gerichten ausgestellt werden. Zudem wurde in Verbindung mit dem Jahrestag der Internationalen Deklaration der Menschenrechte ein spezielles Programm verabschiedet. Usbekistan hat außerdem eine Konvention zur Abschaffung der schlimmsten Formen der Ausbeutung von Kinderarbeit ratifiziert. Solche Schritte haben selbstverständlich positive Bedeutung. Dennoch gehören sie alle zu dem, was wir oben als

Demokratie de jure bezeichnet haben. De facto bleibt die Lage bisher unverändert.

Die heutige Lage Usbekistans ist Resultat einer dramatischen Verschmelzung von subjektiven und objektiven Verhältnissen, wobei die letzteren erstere verstärken. Ist es doch so, dass derjenige, der Politik macht, einen Staat führt usw., nicht in einem Vakuum, nicht unter »klinisch sterilen Bedingungen« agiert, sondern unter schwierigen Bedingungen des inneren wie äußeren politischen Prozesses. Der zentralasiatische, aber auch der internationale Kontext, in dem sich Staat und Staatlichkeit Usbekistans entwickeln, wirkt sich direkt auf den Charakter und Inhalt der zu treffenden politischen Entscheidungen aus. Dieser Kontext gestaltet sich heute nicht gerade in für Usbekistan vorteilhafter Weise. Die geopolitische Konkurrenz der Großmächte in der Region erreicht ihren Höhepunkt und bringt mehr Destruktives, denn Konstruktives mit sich, denn sie findet unter der Maßgabe des »Kräftegleichgewichts« bzw. »Nullsummenspiels« statt.

Unter diesen Bedingungen findet sich ganz Zentralasien und insbesondere Usbekistan in einem Zustand der Verirrung wieder. Der begonnene Demokratisierungsprozess in Usbekistan (und anderen Staaten der Region) ist nicht nur wegen der Fehler und des Charakters von Personen eingefroren, sondern auch durch den objektiven, unausweichlichen Einfluss der neuen Weltordnung.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Über den Autor:

Dr. Farhod Tolipov lehrt an der Nationalen Universität von Usbekistan. Von 1998 bis 2002 war er im Beraterstab des Präsidenten tätig; zahlreiche Fellowships in den USA, Italien und Deutschland. Seine Forschungs- und Publikationsschwerpunkte erstrecken sich auf regionale Sicherheit und Integration sowie Nationalismus und Demokratisierung in Zentralasien.

Lesetipps:

- International Crisis Group, Usbekistan: Stagnation and Uncertainty, Bishkek/Brussels, Asia Briefing No 67, 22. August 2007 <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5027&l=1>
- Ismailov, Sukhrobjon; Jarabik, Balazs, The EU and Uzbekistan: Short-Term Interests versus Long-Term Engagement. EUCAM Policy Brief, 23. Juli 2009, http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1881
- Dosym Satpaev: Uzbekistan is one of the major destabilization factors in the region, Interview auf Ferghana.ru, 23. Juli 2009, <http://enews.ferghana.ru/article.php?id=2561>